



PERSONALRATSWAHLEN

Positive Überraschung auf allen Ebenen

Bremerhaven gewinnt Mehrheit zurück – Stadtamt 100% GdP

Mit einem überraschend positiven Ergebnis endeten die Personalratswahlen 2012 für die GdP. Nach einem recht lautlosen Wahlkampf entschieden die Wählerinnen und Wähler: Die GdP übernimmt in den Personalräten der Polizei Bremen und Bremerhaven und des Stadtamtes die absolute Mehrheit. Ein Grund zur Freude, aber mehr noch eine Verpflichtung für die nächsten vier Jahre.

Wir sagen ganz ausdrücklich Danke an alle, die uns gewählt haben, Danke für das Vertrauen, Danke für die Stärke, zu der ihr uns damit verholfen habt.

„Bremerhaven zurückerobert“

Vor acht Jahren verlor in Bremerhaven die GdP die Mehrheit. Eine freie Liste und die Konkurrenzgewerkschaften stellten gemeinsam die Mehrheit und beanspruchten damit den Vorsitz und die Freistellungen.

Die Mannschaft um den neuen Kreisgruppenvorsitzenden Jörg Eilers schaffte nun mit ihrem Engagement und ihrer Kompetenz, das Vertrauen vieler verloren gegangener Wähler zurückzugewinnen.

Bei den Beamten trat die GdP mit ihren traditionellen Listen Bereitschaftspolizei, Kriminalpolizei, Schutzpolizei, Wasserschutz- und Verkehrspolizei und Zentrale Dienste an. Einzig der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) stellte eine Konkurrenzliste. Zwölf der 14 Sitze für Beamte gingen an die GdP-Listen, zwei Sitze an den BDK. Besonders erfreulich ist, dass die Liste Zentrale Dienste wieder einen Platz eroberte und damit dieser Bereich ab sofort mit einem eigenen Teilnehmer in den PR-Sitzungen präsent sein wird.

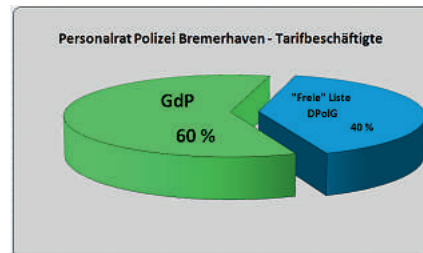
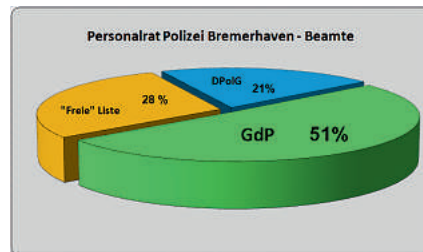


Die Mehrheit im Personalrat ist für die GdP-Kandidatinnen und -Kandidaten nicht neu. Sowohl bei der Polizei Bremen als auch beim Stadtamt liegt die GdP seit vielen Jahren vorne. Trotzdem kein Grund, sich bequem zurückzulehnen und zu glauben, das wird schon.

Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Polizeien und Ämtern sind kritisch. Sie registrieren sehr genau, wie ihre Mitbestimmungsrechte durch die Personalräte vertreten werden, ob sich Personalräte bestimmten Entscheidungen der Amtsleitungen widersetzen und noch viel wichtiger, ob sie die richtigen Kompromisse und Ergebnisse aushandeln.

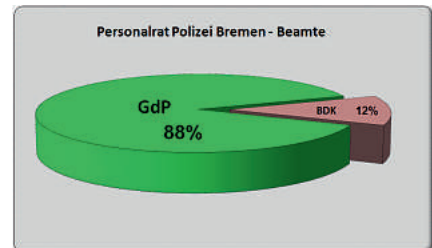
Auf eine starke Unterstützung durch die GdP konnten die Personalräte dabei schon immer vertrauen.

Offensichtlich weiß das auch unsere Wählerschaft. Ihr eindeutiges Votum für unsere Kandidatinnen und Kandidaten ist der beste Vertrauensbeweis.



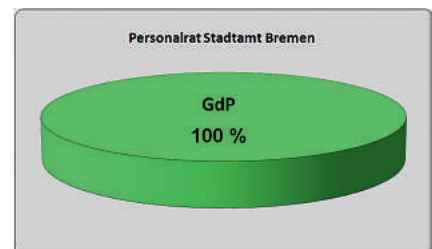
Polizei Bremen: 15 von 17

Wie auch in den vergangenen Jahren gab es bei den Tarifbeschäftigten der Polizei Bremen eine Persönlichkeitwahl für die drei festen Sitze im PR, da sich nur GdP-Kandidatinnen und -Kandidaten zur Wahl stellten.



Stadtamt unübertroffen

Im Stadtamt standen zwei GdP-Listen zur Wahl. Gemeinsam erreichten diese beiden Listen alle Sitze im Personalrat. Mehr geht nicht. Eindeutiger geht's nicht. Bravo Stadtamt.



Der Landesvorstand beglückwünscht alle Kandidatinnen und Kandidaten zu ihrem Wahlerfolg.

W.A.



Landesvorsitzender bedankt sich

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gewerkschaft der Polizei und mit ihr die gewählten zukünftigen Personalräte und Frauenbeauftragten bedanken sich für das entgegengebrachte Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen.

Die GdP erhielt im Bereich des Polizeipräsidiums Bremen 88% der abgegebenen Stimmen, im Bereich des Stadtamtes Bremen rund 95% der Stimmen und bei der Ortspolizeibehörde in Bremerhaven 51% der Stimmen.

In Bremerhaven teilt sich die GdP die Plätze im Personalrat mit der dortigen unorganisierten Liste (28% der abgegebenen Stimmen) und der DPoIG (21% der abgegebenen Stimmen).

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Polizei Bremen, der Ortspolizeibehörde Bremerhaven und des Stadtamtes in Bre-

men, euer starkes Votum zeigt, dass ihr der GdP und ihren Personalräten zutraut, sich weiter mit aller Kraft für eure Interessen einzusetzen. Dieses Vertrauen ist uns Verpflichtung.

Gleichzeitig möchte ich mich auch auf diesem Wege bei allen Helfern in den Wahlvorständen und in den Wahllokalen

für die geleistete Arbeit bedanken. Diese ehrenamtliche Arbeit ist keine Selbstverständlichkeit, zumal sie neben den eigentlichen Aufgaben erledigt wird.

Horst Göbel
Landesvorsitzender
Gewerkschaft der Polizei

KG-Vorsitzender Bremerhaven mit Dank und einem Versprechen

Bremerhaven, 15. März 2012

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Personalratswahlen sind gelaufen und wir haben unser Ziel, mit dem wir vor zweieinhalb Jahren als neuer Kreisgruppenvorstand angetreten sind, erreicht.

Als Kreisgruppenvorsitzender habe ich dafür vielen zu danken: Zunächst einmal unseren starken Kandidatinnen und Kandidaten, denn ich bin davon überzeugt, dass unsere Listen die GdP-Kreisgruppe in ihrer repräsentativen Vielfalt widergespiegelt und viele Wähler/-innen angesprochen haben. Dann danke ich dem Kreisgruppenvorstand, denn unser Erfolg ist das Ergebnis gemeinsamer anstrengender Arbeit. Außerdem habe ich unseren Vertrauensleuten zu danken, die uns geerdet und die für uns geworben haben.

Last but not least danken wir natürlich allen, die uns gewählt haben.

Bei einer Personalratswahl die Mehrheit zu erzielen ist kein Sieg, wir haben nicht gewonnen. Es gibt keinen Lorbeerkrantz, auf dem man friedlich seinen Rausch ausschlafen kann. Wir haben von den Beschäftigten des Bürger- und Ordnungsamtes und der Ortspolizeibehörde das Mandat erhalten, sie mit unserer Mehrheit, aber in kollegialer Gemeinschaft mit allen Personalratsmitgliedern, zu vertreten. Auf dieses Mandat werden wir uns ab jetzt in enger gewerkschaftlicher und personalrätlicher Verzahnung konzentrieren. Darauf könnt ihr vertrauen.

Für den Vorstand
Jörg Eilers

TERMIN

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe 2012, Landesjournal Bremen, ist der 9. April 2012.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

Preisträger des Gewinnspiels gezogen

Eine hohe Wahlbeteiligung zu den Personalratswahlen, das war unser Ziel. Mit einem Gewinnspiel versuchten wir im Vorfeld, unsere Kolleginnen und Kollegen zur Abstimmung per Briefwahl zu animieren. Dabei kam es nicht darauf an, GdP-Mitglied zu sein. Das Angebot zur Teilnahme galt selbstverständlich für alle.

Viele Wahlberechtigte nutzten diese Chance. Am Wahltag dann die Ziehung der Gewinner durch unsere Kolleginnen **Christine Frister** und **Mirja Weingarten**.

Navigationsgerät
Jürgen Riedel, K 63
Douglas-Gutschein
Claus Möller, WV 2
Katrin Fronzek, S 70
3 Flaschen Bremer Ratskellerwein
Thomas Calcum, ZTD 131
Werner Hellwege, WV 212
MP3-Player
Sabine Struß, S 70
Gutschein für El Mundo
Jennifer Meyer, BP 26
Dieter Wendeling, WV 200



PERSONALRATSWAHLEN

DPoIG-Liste nicht zur Wahl zugelassen

Anfechtung der Wahl angekündigt

Ein großes Missgeschick unterlief den Verantwortlichen der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (DPoIG) bei der Erstellung ihrer Wahlliste. Ihre Liste wurde nicht zur Wahl zugelassen.

Was war passiert?

Nach unserer Wahlordnung zum Personalvertretungsgesetz (PVG) muss jede eingereichte Liste von mindestens 50 Bediensteten unterschrieben sein. Jeder Wahlberechtigte kann nur auf einer Liste unterschreiben. Der Wahlvorstand prüft jede eingereichte Liste genauestens und filtert Doppelunterschriften heraus.

Die DPoIG wartete bis zur letzten Minute mit der Abgabe ihres Wahlvorschlags, was zwar rechtlich sicherlich einwandfrei ist, aber doch sehr verwundert.

Die Reihenfolge der Listen auf den Wahlzetteln richtet sich nach dem Abgabetermin, weshalb in der Vergangenheit jeder immer bemüht war, möglichst frühzeitig seine Liste beim Wahlvorstand einzureichen. Das führte vor vier Jahren sogar dazu, dass Vertreter der freien Liste am Tag des Abgabetermins bereits Stunden vor der geschlossenen Tür des Wahlbüros warteten.

Wahlvorstand stellte Doppelunterschriften fest

Die eingereichte Liste der DPoIG enthielt mehrere Doppelunterschriften. Der Wahlvorstand fragte pflichtgemäß bei denjenigen nach, die doppelt unterschrie-

ben hatten. Am Ende kamen für die DPoIG-Liste nicht mehr 50 Unterschriften zusammen, sodass sie nicht zugelassen wurde.

Laut Wahlordnung muss sich der Bedienstete innerhalb von drei Tagen zu seiner Doppelunterschrift erklären. Es steht jedoch nichts davon in der Wahlordnung, dass diese drei Tage eine Pflichtwartezeit sind. Wer sich bei der Befragung sofort entscheidet, dessen Entscheidung zählt auch.

Schwarzer Peter dem Wahlvorstand zugeschoben

Die DPoIG informierte über ihren Faupax auf ihrer Internetseite und im Intranet. Allerdings wird darin der schwarze Peter in erster Linie dem Wahlvorstand zugeschoben. Das gipfelt in dem Satz:

„So trifft nicht uns die Schuld, dass es keine DPoIG-Liste gibt, sondern den Wahlvorstand.“

Das ist schon ein starkes Stück. Wer innerhalb von drei Wochen vor einer Personalratswahl keine 50 gültigen Unterschriften zustande bekommt, der sollte sich zuerst an die eigene Nase fassen. Es gibt sicherlich mehr als 50 Kolleginnen und Kollegen in der Polizei Bremen, die die DPoIG unterstützen. Das belegen allein schon die Mitgliederzahlen. Warum deren Unterschriften nicht auf der Vorschlagsliste standen, sollte erklärt werden. Wurde da im Vorfeld genügend Engagement gezeigt? Wenn schon die Energie zum Sammeln von Unterschriften nicht ausreicht, wie steht es dann eigentlich um die praktische Arbeit im Personalrat?

Wahlempfehlung für BDK abgegeben

Ganz besonders merkwürdig wird es am Schluss der DPoIG-Info. Der Landesvorsitzende spricht eine Wahlempfehlung für den BDK aus. Donnerwetter, eine eher konservative Gewerkschaft empfiehlt seinen uniformierten Mitgliedern, die Vertretung der Kriminalpolizei zu stärken. Das ist vergleichbar mit einer Wahlempfehlung der Partei Die LINKE für die CDU/CSU.

Den BDK wird es freuen, er errang am Ende zwei Mandate. Wir als GdP gratu-

lieren dem BDK dazu, und das ist ernst gemeint!

Wird die Wahl wiederholt?

Der Landesvorsitzende der DPoIG kündigte die Anfechtung der Wahl an. Ob er tatsächlich den Gang zum Verwaltungsgericht antritt, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Grund für einen Widerspruch könnte die Ziffer 5c des § 10 der Wahlordnung sein:

„Wahlvorschläge, die ... infolge von Streichungen gem. Absatz 4 nicht mehr die erforderliche Anzahl von Unterschriften aufweisen, hat der Wahlvorstand mit der Aufforderung zurückzugeben, die Mängel innerhalb einer Frist von drei Kalendertagen zu beseitigen.“

Bleibt die spannende Frage, ob diese drei Tage innerhalb der ausgeschriebenen Abgabefrist liegen müssen oder ob die tatsächliche Abgabefrist damit um drei Tage verlängert wird. Dazu gibt es wie immer unterschiedliche Rechtsauffassungen der Gerichte und Anwälte.

Erwartet hätten wir allerdings im Vorfeld eine einstweilige Verfügung, die DPoIG-Liste trotz fehlender Unterschriften zuzulassen. Dann hätte bei einem Gerichtsentscheid pro Wahlvorstand die DPoIG ihren möglichen Sitz im PR einfach zurückgeben können. Auf jeden Fall wäre uns eine mögliche Neuwahl erspart geblieben.

Wolfgang Ahlers

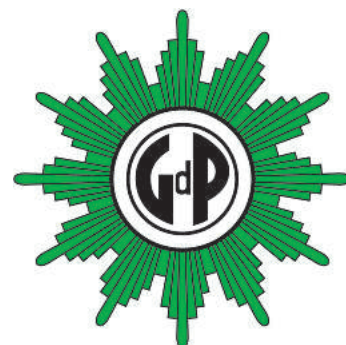
Gutschein Media Markt

Silke Lepschies, BP 231

Allen Gewinnern herzlichen Glückwunsch.

Erwähnt werden muss aber noch die großzügige Geste des Leiters der Kriminalpolizei, **Andreas Weber**. Er wurde beim MP3-Player ausgelost, betrachtete es aber als angemessen, seinen Preis wieder in den Lostopf zu geben. Lieber Andreas, Sabine und wir finden das klasse.

Landesredaktion





Ronda Jütting neue Frauen- beauftragte

Nach vielen Jahren Siggj Holschen war in diesem Jahr der Wechsel der Frauenbeauftragten bei der Polizei Bremen vorprogrammiert. Für Siggj tritt der Ruhestand in greifbare Nähe, sie kandidierte deshalb nicht wieder.

Drei Kolleginnen stellten sich zur Wahl. Die eindeutige Gewinnerin ist Ronda Jütting, WV. Knapp 53% der wahlberechtigten Frauen in der Polizei Bremen hatten sich an der Abstimmung beteiligt. Mit 40 Stimmen Vorsprung verbuchte Ronda Jütting ein klares Votum für ihre neue Aufgabe. Das Amt der Frauenbeauftragten ist für Ronda nicht neu, sie war bereits früher Stellvertreterin in dieser Funktion.

Treffen April

Bremerhaven

Dienstag, 10. April 2012, 16.00 Uhr, Vereinsheim der Kleingärtner Reuterhamm

Bremen

Donnerstag, 12. April 2012, 15.30 Uhr, Grollander Krug

Zu diesem Termin wird ein Mitarbeiter vom Amt für Soziale Dienste zum Thema Betreuungsverfügung einen Vortrag halten.

Der Vorstand der Fachgruppe würde sich freuen, Kolleginnen und Kollegen in Bremerhaven und in Bremen begrüßen zu können, die in den letzten Monaten in den Ruhestand gegangen sind oder in absehbarer Zeit in den Ruhestand treten und die Fachgruppe Senioren kennenlernen möchten.

Wolfgang Karzenburg

JUNGE GRUPPE

JUNGE GRUPPE im Gespräch mit Justizvertretern

Am 3. Februar 2012 trafen sich Mitglieder der JUNGE GRUPPE mit Vertretern der Bremer Justiz zu einer informellen Runde über Fragen der Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht im Strafverfahren.

Teilnehmer von uns waren Tim Gelineck (SIS), Nils Peters (ZED) und Eva Schmidt (Einsatzdienst -S-).

Die Justiz vertraten Herr Staatsrat Prof. Stauch, Abteilungsleiter Herr Maul-Backer, Herr Staatsanwalt Krebs und Frau Richter Auleb.

Anlass für dieses Zusammentreffen war eine Rede zum Jahresempfang der Betriebs- und Personalräte am 1. November 2011 in der oberen Rathaushalle. Diese Rede wurde von Polizeikommissar Nils Peters als Angehöriger der Polizei Bremen gehalten, um der vorwiegend nicht aus Polizisten bestehenden Zuhörerschaft einen „schonungslosen“ Einblick in die tägliche und nicht alltägliche Polizeiarbeit zu geben. Ebenso sollte die Rede widerspiegeln, wie eine Häufung negativer politischer und sozialer Ereignisse

dafür sorgen können, dass sich sogar schon jüngere Kolleginnen und Kollegen immer häufiger die Frage stellen: „Wofür tue ich mir das eigentlich noch an?“

Diese Rede war der Auslöser, um vonseiten der Justiz zu besagtem Treffen einzuladen, denn die Rede sprach auch das wiederkehrende Unverständnis der Kolleginnen und Kollegen über einzelne Entscheidungen der Justiz an. Durch das Treffen konnten Probleme und verein-



zelte Vorurteile auf beiden Seiten offen angesprochen und Lösungsansätze diskutiert werden.

Deutlich wurde, dass sich alle Gesprächsbeteiligten insbesondere eine schnellere Anklage und Verurteilung der Täter wünschen. Die bekanntlich zu geringe Personalausstattung ist hierbei ein großes Problem.

Eine bekannte Forderung der GdP, dass Staatsanwälte und Jurastudenten in einem Kurzpraktikum sich das Verhalten der Delinquenten besonders im Rahmen der Diskomeile ansehen, wurde bereits seitens der Justiz umgesetzt. Aktuell hospitieren mehrere Staatsanwälte in verschiedenen Polizeieinheiten und verschaffen sich einen Einblick in den Alltag der dort eingesetzten Beamten.

Bei besonderen Fragen eröffnete die Staatsanwaltschaft auch die Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme durch die betroffenen Beamten. In Einzelfällen können so mögliche Missverständnisse auf „kurzem Wege“ ausgeräumt und Unmut bzw. Unverständnis auf beiden Seiten vermieden werden.

Die JUNGE GRUPPE wird weiterhin im konstruktiven Kontakt mit der Justiz stehen und jeweils anlassbezogen weitere Gespräche anregen.

Wir bedanken uns bei den Vertretern der Justiz für das offene und konstruktive Gespräch!

Eva Schmidt



LANDESVORSTAND

Innere Sicherheit ist ein hohes Gut ...

(Zitat aus dem SPD-Regierungsprogramm)

Politischer Anspruch und Wirklichkeit stimmen nicht immer überein. Ganz besonders deutlich wird dies, vergleicht man in Bremen das SPD-Regierungsprogramm mit den tatsächlich getroffenen Entscheidungen. Die bittere Wahrheit offenbart sich in der polizeilichen Kriminalstatistik 2011.

Einige Auszüge aus dem Regierungsprogramm der SPD vor der Bürgerschaftswahl 2011:

- **Innere Sicherheit ist ein hohes Gut.**
- **Aufgabenwuchs verträgt sich nicht mit Personalabbau. Darum werden wir bei der Polizei trotz der schwierigen Haushaltslage keine Personaleinsparungen vornehmen.**
- **... werden wir in der nächsten Legislaturperiode mindestens 440 neue Polizistinnen und Polizisten für die Polizei Bremen und 100 für die Ortspolizeibehörde Bremerhaven einstellen.**

Am 5. März 2012 stellte der Senator für Inneres die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2011 vor. Für alle die behauptet hatten, weniger Personal hätte keinen Einfluss auf die Kriminalitätsrate, waren die Zahlen eine schallende Ohrfeige. Kriminalitätsformen wie Einbruch und Raub, also Delikte, die die Bürgerinnen und Bürger direkt in ihrem geschützten Raum und in ihrer körperlichen Gesundheit angreifen, sind sprunghaft angestiegen.

Wie zur Bestätigung dieses Zahlenwerks hatte in der Nacht vom 2. auf dem 3. März 2012 ein kriminelles Pärchen ein Altenheim in Bremen Nord überfallen. Ein Verbrechen, das auch erfahrene Kolleginnen und Kollegen fassungslos zurückließ. Die politische Klasse Bremens blieb danach, mit zwei Ausnahmen, merklich sprachlos. Sonst bei jedem Anlass stimm- und wortgewaltig sich zu Wort meldend, war Schweigen angesagt. Obgleich wir es hier mit einem Verbrechen zu tun hatten, dass in seiner kriminellen Energie eine weitere Grenze einriss.

Innere Sicherheit ist ein hohes Gut

Am Tag nach dem Überfall riefen mehrere Kollegen den Landesvorsitzen-

den zu Hause an, um ihn zu informieren. Sie fragten sich, was noch alles passieren muss, damit in Bremen die innere Sicherheit einen höheren Stellenwert bekommt. Der Satz aus dem Regierungsprogramm der SPD war nach ihrer Ansicht eine bloße Worthülse.

Dazu passt ein Auszug aus der Senatsvorlage vom 18. Januar 2012:

„*Fachrichtung Polizei, Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt. Zum 1. Oktober 2012 werden 33 Anwärtinnen und Anwärter durch die Polizei in Bremen und sieben Anwärtinnen und Anwärter durch die Ortspolizeibehörde Bremerhaven eingestellt. Darüber hinaus ist es geplant, dass im Jahr 2013 50 und im Jahr 2014 60 Anwärtinnen und Anwärter eingestellt werden sollen. Hierüber wird der Senat zu gegebener Zeit entscheiden.*“

Dieser Absatz aus der Senatsvorlage bestätigte die Annahme der Kolleginnen und Kollegen. Der von der SPD dominierte Senat beschloss am 7. Februar diese Vorlage der Finanzsenatorin.

In seiner Vorlage für die Innendeputation vom 7. März konkretisierte der Innensenator den Beschluss des Senats (Zitat):

Der Senat hatte in seiner Sitzung am 7. Februar 2012 die Einstellung von 33 Anwärtinnen und Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt der Fachrichtung Polizei durch die Polizei Bremen und die Einstellung von sieben Anwärtinnen und Anwärtern durch die Ortspolizeibehörde Bremerhaven zum 1. Oktober 2012 beschlossen. Darüber hinaus hat der Senat zur Kenntnis genom-

Fortsetzung auf Seite 6

FACHGRUPPE SENIOREN

Tagesseminar Vorbereitung auf den Ruhestand

Ruhestand – ein neuer Lebensabschnitt bedeutet häufig etwas Neues, auch Unbekanntes. Für nicht wenige taucht die Frage auf: Was verändert sich für mich? Was muss ich erledigen?

Wir wollen dabei helfen, eventuelle Fehler zu vermeiden oder auch nur einige Tipps geben. Wir bieten dazu eine Informationsveranstaltung in Form eines Tagesseminars (9.00 – 16.00 Uhr) für Kolleginnen und Kollegen an, die in absehbarer Zeit in den Ruhestand gehen, aber auch für Kolleginnen und Kollegen, die bereits im Laufe des Jahres in den Ruhestand gegangen sind.

Themen dieser Veranstaltungen:

- Pensionen und ihre Berechnungen
- Beihilfe im Ruhestand
- Krankenversicherung
- Patienten- u. Betreuungsverfügung
- Vorsorgevollmacht
- Allgemeine Fragen des täglichen Lebens, die für den Ruhestand wichtig

sind

- Beantwortung individueller Fragen.

Bremen

Dienstag, 15. Mai 2012, 9.00 Uhr, Vereinsgaststätte Postillion – Bremer Sportclub, Werderstr. 66, 28199 Bremen. Ein weiterer Termin ist für die 2. Jahreshälfte geplant.

Bremerhaven

Dienstag, 16. Oktober 2012, 9.00 Uhr, Vereinsheim der Kleingärtner Reuterhamm

Anmeldungen ab sofort – auch für Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven – über die GdP-Geschäftsstelle: Telefon (04 21) 9 49 58 53, oder E-Mail: info@gdp-hb.de

Sonderurlaub kann beantragt werden.

Wolfgang Karzenburg



Fortsetzung von Seite 5

men, dass im Jahr 2013 die Einstellung von 50 Anwärterinnen und Anwärtern und im Jahr 2014 die Einstellung von weiteren 60 Anwärterinnen und Anwärtern geplant ist.

Für den Senat steht damit lediglich fest, 40 Anwärterinnen und Anwärter für das Jahr 2012 einzustellen. Die weiteren Planungen wurden lediglich „zur Kenntnis genommen“. Für den Senat gilt es demnach keineswegs als abgemacht, für die folgenden Jahre weitere 110 neue Kolleginnen und Kollegen einzustellen. Damit hatte sich die Finanzsenatorin durchgesetzt und das Regierungsprogramm der SPD völlig zerfleddert. Die ursprünglich von der SPD geplanten 540 Neueinstellungen für die 18. Legislaturperiode sind um die Hälfte gekürzt (120 Neueinstellungen in 2011 plus im günstigen Fall 150 Neueinstellungen von 2012 bis 2014).

Auf der Innendeputationsitzung am 7. März hatte der Landesvorsitzende der

GdP die Gelegenheit, den Innendeputierten und Abgeordneten klarzumachen, welche Verantwortung sie den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Beschäftigten gegenüber tragen. U. a. erklärte er, dass die Polizei des Landes Bremen unter einer immer höheren Arbeitsverdichtung leidet. Abzulesen ist das u. a. an Vergleichszahlen mit anderen Bundesländern. Während in vergleichbaren Großstädten pro Vollzugsbeschäftigten zwischen 19 (München) und 33 (Hamburg) Akten bearbeitet werden, sind es in Bremen 41.

Zahl der Überstunden spricht Bände

Auch in der Zahl der Überstunden muss die Stadt Bremen den Vergleich mit Flächenstaaten wie Schleswig-Holstein nicht scheuen. Denn hier nähert sich die Zahl von 280 000 den der Schleswig-Holsteiner mit rund 315 000 Überstunden an.

Horst Göbel wies in seinem Vortrag auch darauf hin,

- dass wegen der hohen Belastung die Zahl der psychosomatischen Krankheiten weiter im Ansteigen begriffen ist,
- dass in etlichen Bereichen nach schwersten Krankheiten eingeschränkt dienstfähige Kolleginnen und Kollegen arbeiten,
- dass die Polizei bereits jetzt einen hohen Altersdurchschnitt aufweist (61% der Polizeibeschäftigten waren im Jahr 2011 über 40 Jahre alt, 2015 werden 40% der Kolleginnen und Kollegen im Einsatzdienst über 40 Jahre alt sein),
- dass die Bremer Polizei unter einer personellen Mangelverwaltung leidet, die man exemplarisch an der Tatortgruppe ablesen kann (während in einer vergleichbaren Großstadt wie Hannover 52 Kolleginnen und Kollegen Spurenauswertung betreiben, sind es in Bremen zwölf),
- dass eine immer weitere Reduzierung des Personals einen immer weiter voranschreitenden Rückzug aus der Fläche und damit auch ein Rückbau von Präventionsarbeit bedeutet,






PEKING & SHANGHAI

Metropolen der Gegensätze - 8-tägige Städtereise inkl. Flug mit China Eastern Airlines ab/bis Hamburg PSW-Termin: 6.11. bis 12./13.11.2012

€ 849,-

Unterbringung im Doppelzimmer p. P.

Geplanter Reiseverlauf:

- 1. Tag:** Mittags Linienflug von Hamburg nach Shanghai.
- 2. Tag:** Shanghai - Peking: Ausflugspaket*: Platz des Himmlichen Friedens und Himmelstempel inkl. Mittagessen.
- 3. Tag:** Peking - Ausflugspaket*: Kaiserpalast, Sommerpalast, Lamatempel, Hutong-Tour inkl. Mittagessen.
- 4. Tag:** Peking - Ausflugspaket*: Große Mauer, Fotostopp Olympiapark, Fußmassage inkl. Mittagessen.
- 5. Tag:** Peking - Shanghai: Transfer zum Weiterflug nach Shanghai. Der Nachmittag steht für eigene Erkundungen bzw. Einkäufe zur Verfügung. Shanghai bietet unzählige Shopping-Malls. (F)
- 6. Tag:** Shanghai - Ausflugspaket*: Wasserdorf Zhujiyajiao, Jade Buddha-Statue inkl. Mittagessen.
- 7. Tag:** Shanghai - Ausflugspaket*: Stadtbesichtigung, Bund inkl. Mittagessen und Abschiedsabendessen – Hamburg.
- 8. Tag:** Morgens Ankunft in Hamburg

Ihre Hotels ★★★★★
 Holiday Inn Chang An West (4-****) o. ä., Peking sowie Hotel Ramada Wujiaochang (4-****) o. ä., Shanghai

Eingeschlossene Leistungen:

- Linienflug mit China Eastern (Economy Class) von Hamburg nach Shanghai und zurück
- innerchinesische Flüge mit China Eastern von Shanghai nach Peking und zurück
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (Stand: 11/2011)
- ÖPNV-Coupon (An- und Abreise zum Flughafen innerhalb der Verkehrsverbünde)
- Transfers inkl. Gepäckbeförderung
- 3 Nächte in Peking und 2 Nächte in Shanghai in den gen. Hotels o. ä. inkl. 5 x Frühstücksbuffet
- örtliche, deutschsprechende Reiseleitung
- Informationsmaterial und Reiseführer

Rundreise ab / bis Hamburg	pro Pers. ab
Doppelzimmer	849,- Euro
Einzelzimmer	969,- Euro
* Ausflugspaket (optional)	169,- Euro



PSW-Reisen
 Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
 Max-Giese-Straße 22
 24116 Kiel
 Telefon 0431 - 17093
 Telefax 0431 - 17092
 psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
 Hans-Böckler-Straße 2
 23560 Lübeck
 Telefon 0451 - 5021736
 Telefax 0451 - 5021758
 psw-reisen.luebeck@t-online.de

Veranstalter: DERTOUR GmbH & Co. KG, 60424 Frankfurt/M. Irrtum sowie Programm- und Routenänderungen bleiben vorbehalten.

www.psw-tours.de



LANDESVORSTAND

- dass die Folgen dieser Politik jetzt an der Kriminalitätsentwicklung ablesbar sind. Denn es ist auch Expertenmeinung, dass nur eine gut sichtbare Polizei präventiv wirken kann,
- dass die GdP nicht mehr Personal fordern müsste, wenn die politisch Verantwortlichen nur formulierten, welche

Straftaten der jeweiligen Stellenzielzahl angepasst nicht mehr verfolgt werden sollen.

Zum Schluss appellierte Horst Göbel an die Abgeordneten, das alles nicht auf die leichte Schulter zu nehmen und sich ihrer Verantwortung bewusst zu werden. In seiner Antwort erklärte der **innenpoli-**

tische Sprecher der SPD, Sükrü Senkal, dass er die Einwände des GdP-Vorsitzenden sehr ernst nähme und sie in seine Fraktion tragen würde.

Innere Sicherheit ist ein hohes Gut!
Wir bleiben dran!

Der Landesvorstand

FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI

Anordnung von Blutentnahmen

Auch wenn es an dieser Stelle ungewöhnlich ist und die Behandlung rechtlicher Fragen eher trocken und langweilig wirkt, möchten wir aufgrund der aktuellen Situation die Gelegenheit nutzen, über ein strittiges Thema zu informieren.

In Teilen des ESD macht sich immer größere Unsicherheit breit, ob die aktuelle Dienststanweisung im Hinblick auf die Anordnungskompetenz bei Blutentnahmen mit der jüngeren Rechtsprechung vereinbar ist. Konkret benannt wird hierbei vor allem die Anlage 12 der DA Blutentnahmen (Gemeinsame Regelung Anordnung der Blutentnahme nach § 81 a StPO wegen Gefahr im Verzug), in der es in Ziffer 3.1 unter dem Punkt a) heißt:

Für den Fall, dass die Feststellung der Höhe der Blutalkoholkonzentration für die Frage der Tatbestandsmäßigkeit eines Handelns (insbesondere also bei Verkehrsstraftaten und Ordnungswidrigkeiten nach § 24a Abs. 2 StVG) von Bedeutung ist, wird eine Blutentnahme derart eilbedürftig sein, dass auch unter Berücksichtigung der Gründe der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts generell eine Anordnungskompetenz der Polizei vorliegt.

Diese Annahme einer Gefahr im Verzug und daraus resultierenden Anordnungskompetenz der Polizei wird hier vor dem Hintergrund vieler Gerichtsentscheidungen der jüngeren Vergangenheit angezweifelt. Zu nennen sind hier vor allem Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts aus dem Juni 2010, in dem noch einmal der Richtervorbehalt für die Anordnung von Blutentnahmen hervorgehoben und gestärkt wird. Der Handlungsspielraum für eine Anordnung über

„Gefahr im Verzuge“, auf welche sich die Polizei zwangsläufig berufen müsste, wurde darin erneut enger gefasst. In der Folge gab es dazu mehrere Urteile verschiedener Landgerichte, die die Voraussetzungen für „Gefahr im Verzug“ noch einmal präzisierten. Auch das Justizariat der Polizei Bremen weist in einer Stellungnahme zu diesem Thema noch einmal darauf hin, dass wenn

In der Folge bedeutet dies, dass aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten in Bremen, vor dem Hintergrund eines existenten staatsanwältlichen und zu meist auch richterlichen Notdienstes eine „Gefahr im Verzug“ für Polizeibeamte in den allermeisten Fällen nicht bejaht werden kann, was im krassen Gegensatz zu den Bestimmungen der DA steht. So gab es 2011 auch in Bremen bereits ein Urteil des AG Bremen, in dem ein Richter die Anordnung durch Polizeibeamte als „rechtswidrig“ eingestuft hat.

Problem auf politischer Ebene erkannt

Die daraus resultierenden Probleme für die Praxis sind auch auf politischer Ebene erkannt worden. So befasste sich bereits 2010 der AK II (Arbeitskreis II der Innenministerkonferenz) genau mit diesem Thema. In einem Abschlussbericht wird darin sehr anschaulich dargestellt, in welchem Dilemma die handelnden Polizeibeamten zurückgelassen werden. Unter dem Punkt „Auswirkungen für die Praxis“ wird u. a. ausgeführt ...

... „Nach einhelliger Meinung ist die aktuelle Rechtsprechung primär die Aufforderung an die Justiz, sich organisatorisch darauf einzurichten, ihrem gesetzlichen Auftrag jederzeit gerecht zu werden. Die praktischen Auswirkungen betreffen jedoch den Bereich der Exekutive, insbesondere die vor Ort handelnden Polizeibeamten, die mit erheblichen Aufwänden sowie Rechts- und Handlungsunsicherheiten belastet werden. Sie werden dadurch der Gefahr ausgesetzt, sich im Rahmen der Dienstausbübung strafrechtlich relevant zu verhalten.“ ...

Und im Weiteren ...

Fortsetzung auf Seite 8



... „die Anordnungskompetenz wegen ‚Gefahr im Verzug‘ in Anspruch genommen wird, muss die angenommene Gefährdung des Untersuchungserfolgs mit Tatsachen begründet werden, die auf den Einzelfall bezogen und in den Ermittlungsakten dokumentiert sein müssen, sofern die Dringlichkeit nicht evident ist, was in den meisten Fällen nicht der Fall sein dürfte. Das Vorliegen von ‚Gefahr im Verzug‘ kann nicht durch Spekulationen, hypothetische Erwägungen oder kriminalistische Alltagserfahrungen begründet werden. Die bloße Möglichkeit eines Beweismittelverlustes genügt nicht. Die Annahme einer Gefährdung des Untersuchungserfolgs unterliegt der vollständigen gerichtlichen Überprüfung.“ ...



Fortsetzung von Seite 7

„Teilweise haben die Generalstaatsanwaltschaften Handlungsanleitungen erlassen, wonach Gefahr im Verzug grundsätzlich dann vorliegt, wenn eine richterliche Anordnung nicht eingeholt werden kann, weil kein richterlicher Eil- oder Notdienst eingerichtet ist. Ob diese Vorgehensweise künftig mit der obergerichtlichen Rechtsprechung in Einklang stehen wird, darf angesichts des zuvor Dargestellten bezweifelt werden. Daneben ist teilweise festgelegt worden, dass eine Blutprobenentnahme bei Gefahr im Verzug durch den Polizeibeamten – und nicht durch die Staatsanwaltschaft – anzuordnen ist, es sei denn, dass ein Staatsanwalt neben dem Polizeibeamten vor Ort ist oder der Sachverhalt besondere tatsächliche oder rechtliche Schwierigkeiten aufweist. Berücksichtigt man die dargestellte Rechtsprechung, wonach Polizeibeamte bei Gefahr im Verzug gegenüber dem Staatsanwalt nur nachrangig anordnungsbefugt sind, so erscheint auch diese Verfahrensweise rechtlich angreifbar.“

Schon in diesen Ausführungen wird das Problem der aktuellen Dienstanzweisung, in der bei Verkehrsdelikten eine generelle Anordnungskompetenz der Polizei angenommen wird, sehr deutlich.

Polizeipräsident um Klärung gebeten

Genauso kritisch wird in diesem Bericht auch die Praxis der „freiwilligen Einwilligung“ des Probanden bewertet, dessen Entscheidungskompetenz bei einem hohen Atemalkoholgehalt von z. B. 1,9 Promille zumindest angezweifelt werden muss.

Um Kollegen in Unkenntnis nicht ins offene Messer laufen zu lassen, hat sich die Fachgruppe Schutzpolizei der Problematik angenommen und über den Polizeipräsidenten um Klärung gebeten. Das Präsidialbüro und die für die Dienstanzweisung zuständige Führungsgruppe der Kriminalpolizei teilten dazu mit:

... „Bei Unklarheit bzw. Unsicherheit im Hinblick auf die Anordnungskompetenz der Polizei bzw. das Vorliegen von Gefahr im Verzug ist Rücksprache mit dem Kriminaldauerdienst zu nehmen. Durch den Kriminaldauerdienst wird dann bei Bedarf der Bereitschaftsdienst der StA für die Anordnung der Blutentnahme kontaktiert.“ ...

und

... „die Anordnungskompetenz bei Blutentnahmen zurzeit ein TOP für die Ständige Konferenz Inneres und Justiz

ist. Notwendige Anpassungen an dem Gemeinsamen Erlass der Ressorts Justiz, Inneres und Gesundheit sowie an der darauf gestützten Dienstanzweisung der Polizei Bremen werden zurzeit erörtert und ggf. vorgenommen und umgesetzt.“ ...

Nachgelesen werden kann Ersteres in einer Mitarbeiterinformation im Intranet, die als Ergänzung der DA zu sehen ist. Vor dem Hintergrund der o. g. Schwierigkeiten, im Einzelfall die „Gefahr im Verzuge“ zu begründen, können wir betroffenen Kollegen nur raten, lieber einmal mehr als zu wenig die Staatsanwaltschaft im Hinblick auf eine Anordnung zu kontaktieren. Auch wenn wir „das früher immer selbst gemacht haben“ und das „auch selbst können“, müssen wir erkennen, dass sich die rechtlichen Rahmenbedingungen massiv geändert haben und wir unser Verhalten entsprechend anpassen müssen. Egal wie praxisfern die Entscheidungen der Justiz in diesem Punkt sind. Andernfalls laufen wir Gefahr, schneller als uns lieb ist, erneut damit befasst zu sein: als Tatverdächtiger einer Körperverletzung im Amt o. Ä. nach einer vorschnell eigenmächtig getroffenen Anordnung einer Blutentnahme.

*Fachgruppe Schutzpolizei
Daniel Alves Dionisio*

PROTESTAKTION

Hallo! – Wie soll das denn gehen?

Am 22. Februar fanden Haushaltsberatungen in der bremischen Bürgerschaft statt. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB kamen zu diesem Anlass zu gemeinsamen Aktionen auf dem Marktplatz zusammen. Aus den unterschiedlichsten Bereichen machten die Kolleginnen und Kollegen unter dem Motto „Hallo! – Wie soll das denn gehen?“ klar, dass weitere Streichungen und Kürzungen zulasten der Qualität im öffentlichen Dienst gehen werden. Ca. 500 Kolleginnen und Kollegen aus dem öffentlichen Dienst, darunter drei Lehrgruppen von Polizeistudenten, Beschäftigte aus allen Bereichen der Polizei und des Stadtamtes sowie einer großen Abordnung der Fachgruppe Senioren, protestierten in kreativer Art und Weise.

